

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1912**

15.5.1912 (No. 133)



# Karlsruher Zeitung

## Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden

№ 133

Mittwoch, den 15. Mai 1912

155. Jahrgang

Expedition:  
Karls-Friedrich-Straße Nr. 14 (Hörnsprech-  
auschluß Nr. 154), wofür auch Anzeigen  
in Empfang genommen werden.

Vorauszahlung: vierteljährlich 3 M 50 P;  
durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M 65 P.  
Einrückungsgebühr: die 6 mal gespaltene Zeile oder deren Raum 25 P. Briefe und Gelder frei.

Unverlangte Drucksachen und Manuskripte  
werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei  
Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung  
übernommen.

### Staatsanzeiger.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 25. April 1912 gnädigst bewogen gefunden, dem Stiftspropst Vincente Charles Lindhardt in Narhus das Kommandeurekreuz II. Klasse und dem Kammerfänger Lauritz Peter Cornelius in Kopenhagen das Ritterkreuz I. Klasse Höchstehres Ordens vom Jähringer Löwen zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 6. Mai 1912 gnädigst geruht, den Strafanstaltsarzt Dr. Georg Sieglitz am Landesgefängnis Mannheim in gleicher Eigenschaft an das Landesgefängnis Freiburg zu versetzen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 6. Mai 1912 gnädigst geruht, den Oberverwaltungssekretär August Witemann beim Bezirksamt Buchen auf sein untertänigstes Ansuchen wegen leidender Gesundheit unter Anerkennung seiner langjährigen treu geleisteten Dienste und unter Verleihung des Titels „Kanzleirat“ auf 1. Juli 1912 in den Ruhestand zu versetzen.

Die Übertragung der Stelle eines Postbauinspektors bei der Kaiserlichen Oberpostdirektion Karlsruhe an den Postbauinspektor Goedike aus Berlin hat die Höchstlandesherrliche Bestätigung erhalten.

#### Gestorben:

am 4. Mai 1912: Paravicini, Theodor, Oberförster in Rörach.

### Nicht-Amtlicher Teil.

#### \* Der Kaiser in den Reichslanden.

Der Kaiser trat am Montag nachmittags 2 1/2 Uhr von Straßburg eine Fahrt nach der Hohkönigsburg an. Im ersten Automobil hatte der Kaiser mit seinen beiden Söhnen und seiner Tochter Platz genommen. In der Begleitung des Kaisers befanden sich auch der Statthalter und der Staatssekretär. Der Kaiser passierte 3 Uhr 25 Schlettstadt, wo sich in den neuen Anlagen ein zahlreiches Publikum versammelt hatte, das den Kaiser mit herzlichen Ovationen begrüßte.

Der Kaiser kam gegen 3 Uhr 45 auf der Hohkönigsburg an. Unter Führung des Professors Bodo Ehrhardt wurden die neuingerichteten Säle, speziell der Kaiseraal, besichtigt, in welchem die neuen Gemälde von Schnug-Straßburg aufgeführt sind. Die Gemälde fanden den vollsten Beifall des Kaisers, der dem Künstler den Roten Adlerorden vierter Klasse verlieh. Nachdem die allerhöchsten Herrschaften den Tee eingenommen hatten, verließen sie gegen 5 Uhr die Burg. Die Rückkehr erfolgte an den Bergen entlang.

Um 7 1/2 Uhr traf der Kaiser wieder im Kaiserpalast zu Straßburg ein. Später war Diner beim Statthalter Graf von Wedel, an dem mit dem Kaiser die anderen Fürstlichkeiten und die Umgebung teilnahmen.

#### (Telegramme.)

Straßburg i. Gf., 14. Mai. Der Kaiser nahm heute vormittags 10 Uhr den Vorbeimarsch der Garnison vor dem Kaiserpalast ab. Mit dem Kaiser hatten unter dem Säulenportal Aufstellung genommen die Prinzen August Wilhelm und Joachim, die Prinzessin Viktoria Luise, Statthalter Graf Wedel, der Fürst von Fürstenberg und die Herren der Umgebung. Der Vorbeimarsch erfolgte in Zügen. Auch die berittenen Truppen waren zu Fuß. Ordensauszeichnungen erhielten: der württembergische Generalleutnant von Schäfer, Kommandeur der 31. Division, den Stern zum Roten Adlerorden II. Klasse, die Obersten von Habermas und von Leichnam den Kronenorden II. Klasse. Um 11.30 Uhr wurde das Frühstück im Palais des Kommandierenden Generals von Tabeck eingenommen.

Der Kaiser trat sodann um 1.30 Uhr die Fahrt nach Metz an und verließ unter Glockengeläute Straßburg im Automobil. Neben ihm saß der Fürst von Fürstenberg. Im zweiten Wagen folgten der Statthalter Graf Wedel und der Staatssekretär Freiherr Jörn von Bulach, welche den Kaiser nach Metz begleiten werden. Statthalter Graf Wedel wird bis zum 16. ds. Mts. dort verbleiben. Prinz August Wilhelm begibt sich von hier nach Berlin, die Prinzessin Viktoria Luise nach Somburg v. d. G.

Straßburg, 14. Mai. Anlässlich seiner Anwesenheit in Elz-Lothringen hat der Kaiser dem Landrat a. D., Gutbesitzer und Bürgermeister von Haniel zu Laudonvillers den Charakter als Geheimer Regierungsrat und dem Präsidenten der Handelskammer, Kommerzienrat Theodor Müller-Meg den Charakter als Geheimer Kommerzienrat verliehen.

### Reichstag.

Berlin, 13. Mai.

Am Bundesratsstisch Kriegsminister v. Seeringen und Staatssekretär Kühn. Präsident Dr. Kämpf eröffnet die Sitzung um 1.30 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung des Militärrechts und zwar bei der Duellfrage. Die Budgetkommission beantragt hierzu Resolutionen, in denen Maßnahmen verlangt werden, um Zweikämpfe zu beseitigen, insbesondere dem Zwange zur Herausforderung zum Zweikampf und zur Annahme eines solchen entgegenzutreten. Es wird speziell verlangt, daß Personen von ehroloser Gesinnung für einen Ehrenhandel unter allen Umständen ausgeschlossen, daß gegen Beleidiger scharf und scharf vorgegangen werde, Ehrenhändel erst nach erfolgtem ehrengerichtlichen Verfahren zum Austrag gebracht werden und die Ablehnung eines Zweikampfes aus religiös und sittlich gerechtfertigten Bedenken ebenso wenig wie Streitigkeiten dienstlicher oder privatrechtlicher Natur zum Gegenstand eines ehrengerichtlichen Verfahrens gemacht werden. Weiter wird gefordert, dem gesetzwidrigen Duellwesen dadurch ein Ende zu machen, daß eine Änderung des Strafgesetzbuches dahin herbeigeführt werde, daß bei der Bestrafung des Zweikampfes und der Herausforderung zum Zweikampf auf die Nebenstrafe der Entlassung aus dem Heere zu erkennen ist.

Abg. Lebebour (Soz.): Nach den entrüsteten Zwischenrufen des Abg. Gröber bei der ersten Erklärung des Kriegsministers hätte man erwarten sollen, daß das Zentrum mit aller Energie für die Beseitigung der Offizierduelle eintreten würde. Statt dessen hat das Zentrum in der Kommissionsberatung mit seiner Resolution die prinzipielle Anerkennung des Duells angedeutet. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Gesetzmäßigkeit unter allen Umständen auch im Heere zu wahren ist; insbesondere dürfte kein Offizier deswegen aus dem Heere entfernt werden können, weil er sich auf den Boden des Gesetzes stellt und einen Zweikampf ablehnt. Nach dem bisherigen Verfahren stellen sich sämtliche Behörden einseitig das Duell ab, er sucht den Medner, sich zu mäßigen. (Der Präsident rät, auf der Tribüne unverständlich, auch diese Ausführungen und erucht den Medner, sich zu mäßigen.) Lebebour fährt fort: Wir sind es ja gewohnt, daß der Kriegsminister, sobald die Verhandlungen für ihn unangenehm zu werden anfangen, sich abseits hält und den Kopf in den Sand steckt. (Präsident Dr. Kämpf erucht, derartige Vorwürfe nicht zu erheben.) Es wäre auch zweckmäßig, den Herrn Kriegsminister darauf aufmerksam zu machen, daß es der Würde des Hauses nicht entspricht, wenn er während der Verhandlungen hier demonstrativ in einer Ecke des Saales mit einer Anzahl Abgeordneten verhandelt. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten. Aufse: Paroleausgabe! Konservative Fraktionssitzung!) Durch unser Strafgesetzbuch ist schon genügend Gelegenheit geboten, dem Duell entgegenzutreten. Die Kommissionsresolution besetzt nicht das Duell, sondern schafft ein Privileg für besonders bevorzugte Personen.

Abg. Gröber (Zentr.): Unsere Stellungnahme zur Duellfrage ist ungetrübt. Maßgebend ist der Gegensatz der Auffassung der Majorität, des Rechts und der Vernunft, die sich gegen das Duell wenden, und dem falschen Ehrbegriff der Offiziere und eines kleinen Teils unseres Volkes. Auch sollte man Mühe nehmen auf die verheirateten Offiziere. Die Offiziere sind dazu da, ihr Leben einzusetzen für das Vaterland, nicht ihr Leben aufzuopfern für persönliche Streitigkeiten. (Sehr richtig.) In der Kommission er-

(Mit zwei Landtagsbeilagen.)

klärte der Kriegsminister, das Duell sei ein Übel, das zu beseitigen er bestrebt sei, eine gewalttätige Beseitigung sei aber nicht möglich. In England ist es sehr gut gelungen, Duelle völlig zu beseitigen. Suchen wir zu erreichen, daß an den Gerichten die persönliche Ehre höher taxiert wird, dann brauchen wir nicht auf eine Revision des Strafgesetzbuches zu warten, und wir haben den besten Schutz gegen das Duellwesen. Nichts liegt uns ferner, als durch die Kommissionsbeschlüsse eine Anerkennung des Duells herbeizuführen. Uns liegt daran, durch diese Bestimmung zunächst die Zahl der Duelle herabzumindern. Dies würde zum großen Teil dadurch erreicht, wenn man die Kabinettsordere sinngemäß auslegt und anwendet. Personen von ehroloser Gesinnung müssen unter allen Umständen von Ehrenhändeln ausgeschlossen bleiben. Einem betrogenen Ehemann darf nicht zugemutet werden, daß er sich als Scheibe einem frivolen Ehebrecher gegenüberstellt. Der Kaiser ist der Schützer des Rechts, durch ein Rechtswort soll er dafür eintreten, daß dem Duell als offizielle Einrichtung ein sofortiges Ende gemacht wird.

Abg. Graf v. Westarp (Konf.):

Auch wir sind der Auffassung, daß der Zweikampf gegen göttliches und menschliches Gesetz verstoßt und daß seine Beseitigung nach Möglichkeit zu erstreben ist. Aber die Resolutionen gehen zu weit. Wir lehnen sie ab.

Kriegsminister v. Seeringen:

Herr Lebebour hat es für gut befunden, den Träger der obersten Kommandogewalt und die königlichen Prinzen mit der Duellfrage in Verbindung zu bringen, was der Präsident schon gerügt hat. Auch meinerseits muß ich eine solche Veranlassung des allerhöchsten Kriegsherrn auf das Schärfste zurückweisen. In der Kabinettsordre von 1874 heißt es, daß der Offizier das höchste Kleinod, die Ehre siedenlos erhalten soll. Ein Offizier, der die Ehre eines Kameraden in frivoler Weise verleihe, könne ebensowenig gebildet werden, wie ein Offizier, der seine Ehre nicht zu wahren wisse. Auf dieser Grundlage steht das Offizierkorps noch heute. In allen großen Armeen Europas, die auf der allgemeinen Wehrpflicht stehen, stehen die Offizierkorps auf der gleichen Grundanschauung wie das deutsche Offizierkorps. Hier handelt es sich nicht um eine ausschließliche Offizierfrage, sondern um eine Frage, die von weiten Volksteilen geteilt wird. Die Stellung zum Duell ist Gefühlsfrage allerpersönlicher Art. Wir wissen, daß unsere Ehre im Herzen niemand uns rauben kann, aber niemand kann uns ins Herz sehen und so edel und rein die Motive einer Duellverweigerung sein können, äußerlich sieht man sie nicht. Im Leben spielt auch das äußere Ansehen eine Rolle, wer sich über diese äußerlichen Dinge hinwegsetzt, läuft Gefahr, einer gewissen Nichtachtung sich auszusetzen. Wir nehmen keine besondere Ehre für uns in Anspruch, wir haben gleiche Ehre wie der Gemeinmann. Grundfalsch ist es, daß wir an Überhebung leiden. Wenn wir ebenso wie der Arzt und der Richter um von einer besonderen Standesherrlichkeit des Offiziers sprechen, so meinen wir damit die besondere Berufspflicht und deren Erfüllung. Für den Offizier kommt es in Betracht, daß es sich bei der Bewertung seiner Person durch andere um den ganzen Stand handelt. Für einen Offizier, er jederzeit bereit sein soll, sein Leben einzusetzen, ist schon der leiseste Hauch des Ansehens, als ob er fürchte sein Leben einzusetzen, moralisch tödlich, nicht nur in den Augen seiner Kameraden, sondern auch seiner Untergebenen (Sehr richtig rechts). Der Zweikampf gilt nicht als überlegen im Leben des Offiziers. Fast an die weitaus größte Zahl der Offiziere tritt die Frage eines Zweikampfes überhaupt nicht heran und bei einem Herrn mit befestigter religiöser Überzeugung wird dies erst recht nicht der Fall sein. Er wird nicht nur seine Ehre hochhalten, sondern auch die anderer. Tritt aber ohne sein Verschulden die Frage des Duells an ihn heran, und muß er sich in Gegensatz setzen zu den Anschauungen seiner Kameraden, dann kann er als Ehrenmann aus unseren Reihen ziehen. (Zuruf links.) Eine Einigkeit im Offizierkorps, wie es das deutsche ist, ist nicht denkbar, wenn es in zwei Lager gespalten ist, in denen verschiedene Anschauungen über das Duell bestehen. Wenn, wie es die Freisinnigen wollten, bei Aufforderung zum Zweikampf die Entlassung des Offiziers erfolgen sollte, dann würde die Armee dies als ungewöhnliche Härte empfinden, umso mehr, als mit der Entlassung aus dem Heere auch der Verlust der Pensions- und Hinterbliebenenansprüche für den Offizier verbunden sein würden. Auch die Armee erkennt das Duell als ein Übel an. Auch ich bekämpfe das Duell (Großes Gelächter links!). In der Kommission habe ich nachgewiesen, daß wir bereits praktische Erfolge mit der Einschränkung der Zweikämpfe erzielt haben und auch weiter erreichen werden. An diesen Gedanken knüpft die Resolution der Kommission an. Ich bin bereit dafür einzutreten, daß die darin gegebenen Anregungen geprüft werden und die Kabinettsordre von 1874 voll durchgeführt wird, wenn es sich herausstellen sollte, daß sie an einigen Stellen noch nicht genügend Beachtung gefunden hat. Ich bitte Sie, an die Beurteilung der Ehrenauffassung des deutschen Offiziers vorläufig heranzutreten und mit warmem Herzen für die deutsche Armee (Gelächter links). Das hochgepannte Ehrgefühl hat das Offizierkorps befähigt, unser Volk durch die großen Kriege des vorigen Jahrhunderts hindurchzuführen (Zuruf: Jena!), und werden auch weiter so handeln, wie es für das Vaterland dienlich ist (Beifalles Bravo rechts).

Abg. Schiffer (Natl.):

Grundsätzlich sind sich alle Parteien darin einig, daß das Duell ein Übel ist. Wir bedauern die Resignation, die aus den Worten des Zentrumredners und des Kriegsministers herausdringt und den dadurch herbeigerufenen unerfreulichen Eindruck. Mit dem Duellwesen muß aufgeräumt werden und

wir verlangen von den Behörden ein Vorgehen, das auch den energischen Willen hierzu zum Ausdruck bringt. Wir sehen von besonderen Anträgen ab, da wir zunächst eine breite Basis wünschen, auf der die Angelegenheit weiter gehandhabt werden kann. Es muß allerdings dafür Sorge getroffen werden, daß im Ablehnungsfalle der makellos dastehende Offizier jedes Verdachtes erhaben ist. Für den Schatz der Familien-ehre müssen rücksichtsvolle Veränderungen des Gesetzes angestrebt werden. Wir wollen das Ehrgefühl erhalten, das Duell halten wir aber für ein falsches Mittel hierfür.

**Abg. Heyn-Stralsund (Fortchr. Vp.):** Wir sind grundsätzliche Gegner des Duells. Wir wollen, daß das Ehrgefühl unseres Offizierkorps so breit und hoch gespannt bleibt, wie es gegenwärtig ist. Ich kann aber nicht anerkennen, daß die Ehre des Offiziers eine andere ist als die Ehre des Nichtoffiziers. (Sehr richtig.) Auch kann ich nicht anerkennen, daß die Offiziere in der Betätigung dieses Ehrgefühls schärfer sind als andere. Auch für uns gibt es nichts Höheres als Ehrenmänner zu sein und zu bleiben. Das Ehrengerichtsverfahren muß anders angewendet und ausgebaut werden. Das Begnadigungsrecht möge der Kaiser so anwenden, daß die Gnade nur eine Ergänzung des Rechts ist. Unsere Familie, besonders die Frau, möge dafür sorgen, daß ein Geschlecht herangezogen wird, das das Ehrgefühl jedes Mitmenschen schützt und ehrt und die eigene Ehrenhaftigkeit heilig hält. Damit tragen wir zur Beseitigung der Ehrenkämpfe bei. (Beifall.)

**Abg. Mertin (Reichsp.):** Wir sind gegen die Resolutionen. Eine Tradition von Jahrhunderten und Jahrtausenden (Nachen links) läßt sich nicht durch Resolutionen beseitigen (Beifall rechts).

**Abg. Brandhs (Vole):** Wir sind aus religiösen und sittlichen Gründen prinzipielle Gegner des Duells.

**Abg. Herzog (Wirtsch. Vgg.):** Auch wir bekämpfen das Duell. Die Bestimmung des Beleidigungsparagraphen im Strafgesetzbuch genügt nicht.

**Abg. Ledebour (Soz.):**

Es ist mir nicht eingfallen, dem Kaiser unedle Motive unterzuschreiben. Das englische Recht geht in der Bekämpfung der Verleumdung viel weiter als unser Recht. Wir beantragen, der Resolution hinzuzufügen, die erforderlichen Schritte zu tun, damit ein Offizier, der ein Duell ablehnt, unter keinen Umständen aus dem Heer ausgeschlossen werden darf.

Nach weiteren kurzen Auseinandersetzungen zwischen dem Abg. Schiffer (Nat.) und Ledebour (Soz.) schließt die Debatte. Die Resolution der Kommission wird angenommen. Gegen einen Teil derselben stimmen die Konservativen und die Sozialdemokraten, wodurch im ganzen Hause große Heiterkeit geweckt wird. Der Abgeordnete Liebknecht winkt mit einem Lächeln zu den Konservativen herüber. Bei Abstimmung über den Zusatz der Sozialdemokraten bleibt die Abstimmung zweifelhaft. Es erfolgt Sammel sprung. Für diesen Zusatz stimmen 144, dagegen 122 Abgeordnete. Diese Bestimmung ist somit ebenfalls angenommen.

Zunächst wird sodann die Genehmigung zweier Privatklageverfahren gegen den Abgeordneten Baron Knigge und den Abgeordneten Bachmeier verlag. Sodann wird über die Resolution zum Heeresetat abgestimmt, soweit sie sich auf das Bekleidungsamt bezieht. Die beiden Resolutionen der Konservativen auf Verächtlichung der Handwerker Genossenschaften und Zünfte bei den Lieferungen werden angenommen. Über die anderen Resolutionen wird später abgestimmt werden. — Alsdann wird die Spezialdebatte über den Militäretat fortgesetzt.

**Abg. Frommer (Konf.):** Eine höhere Entschädigung für Manöverflurschäden ist geboten.

Beim Kapitel Militärbanwesen wird vom **Abg. Zubeil (Soz.)** Besserstellung der bei den Militärbetrieben beschäftigten Bautechniker gewünscht.

**Generalmajor Staabs:** Die Bautechniker sind durch Privatdienstverträge angestellt. Die Bezahlung erfolgt nach Art der Arbeit und der Leistung.

Bei dem Kapitel Militärmedizinwesen verlangt **Abg. Fischer-Sachsen (Soz.)**, daß die Untersuchung der Soldaten sich nicht nur auf die körperliche Gesundheit, sondern auch auf den Geisteszustand erstrecken möge, damit minderwertige Soldaten ausgeschieden werden.

**Oberstabsarzt Schulz:** Seit Jahren werden alle möglichen Maßnahmen getroffen, um über die geistig minderwertigen Soldaten Material zu bekommen.

**Sächsischer Generalmajor Weiskopf:** Die Lazareteinrichtungen der geistig minderwertigen Soldaten in Sachsen stehen vollständig auf der Höhe.

Nach Erledigung weiterer Kapitel wird die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr vertagt, außerdem kurze Anfragen, Marinevorlage und Marineetat.

**Berlin, 13. Mai.** In der Budgetkommission erklärte Staatssekretär von **Lirpis**, der Zweck der Luftschiffe sei zunächst der, die Aufklärung zu unterstützen. Ob sie später zu offensiven Unternehmungen auch für geeignet gehalten werden, werde die Erfahrung lehren. Als System für die Luftschiffe komme das **starre System** in Betracht. Ein vergrößerter Typ des neuesten **Zepplinfreuzers** werde im Herbst angeliefert. Die Personalausstattung sei bereits energisch im Gange. Die Versuche würden sich auf private Luftschiffballons stützen, bis eigene Erfahrungen vorlägen. Die Entwicklung der Luftfahrzeuge werde mit dem größten Interesse verfolgt.

## Deutsches Reich.

### Der Fall Grafenstaden in der Zweiten elsass-lothringischen Kammer.

SRK. Straßburg, 14. Mai.

Der Chef des Reichsamtes der Reichseisenbahnen und der preussisch-bessischen Eisenbahngemeinschaft hat der Elsassischen Maschinenfabrik die seit Jahren erteilten Aufträge für Lokomotiven vorbehalten, bis sie eine An-

derung in ihrer deutschfeindlichen Leitung hat eintreten lassen. Die elsass-lothringische Regierung hatte im Auftrag des Chefs des Reichsamtes festgestellt gemacht, ob die der Fabrikleitung gemachten Vorwürfe tatsächlich zutreffen, hatte sie bestätigt gefunden, und hatte dann zur Erhaltung der Aufträge für die Fabrik sich einer, bis zur Stunde allerdings vergeblichen Vermittelung angelegen sein lassen. Das hat nach einer Anfrage in der Ersten Kammer des elsass-lothringischen Landtages die heftige Kritik der öffentlichen Meinung nachgerufen und Anlaß zu Interpellationen in der Zweiten Kammer von allen dort vertretenen Parteien gegeben. Das Vorgehen der eigenen Regierung hat diese Kammer dann einstimmig verurteilt und in einer Resolution, die schärfste Mißbilligung darüber ausgesprochen, womit sie die Aufforderung verband, die Regierung möge in Zukunft die elsass-lothringischen Interessen nachdrücklich wahren und dadurch die durch ihr jetziges Verhalten verursachte Schädigung wieder gut machen. Dazu fand auch der sozialdemokratische Zusatz eine Mehrheit, durch den die Erwartung ausgesprochen wird, die Regierung möge die Gesinnungsschnüffelei, wie sie in diesem Falle zutage getreten wäre, in Zukunft als unwürdig von sich weisen.

Eine geschlossenere Stellungnahme eines Parlamentes gegenüber seiner Regierung dürfte im Verfassungsleben der deutschen Staaten noch nicht vorgekommen, aber auch nur im Reichslande möglich sein, wo man vielfach grundsätzlich einen Gegensatz zu der Regierung beobachtet und noch lang zu jeder Regierung beobachten wird, die sich in nationalen Dingen eins füllt mit der Reichsregierung. Den tatsächlichen Verhältnissen wird unter diesen Umständen die angenommene Resolution durchaus nicht gerecht. Denn die Interpellanten, wie die Besprecher der Interpellation erwogen die gegebenen Umstände keineswegs genau genug, und diejenigen Abgeordneten, die den meisten Beifall ernteten, sogar ein Beifallklatschen der Tribüne auslösten, so daß der Präsident drohte, sie räumen zu lassen, vergaßen völlig, daß sie in einem Parlamente sprachen und nicht in einer Volksversammlung.

In der Erörterung trat völlig zurück, daß nicht die elsass-lothringische Regierung die Aufträge erteilt, sondern der preussische Eisenbahnminister und dieser natürlich das Recht hat, sich die Firmen auszusuchen, die ihm passen. Der Minister schließt ein kaufmännisches Geschäft ab, und es ist zu bekannt, als daß es nötig wäre, Worte darüber zu verlieren, daß ein Käufer nur dort seine Bedürfnisse deckt, wo er nicht nur passende Ware findet, sondern wo man auch sonst auf seine Persönlichkeit entsprechend Rücksicht, wo er z. B. nicht Beleidigungen seines Wesens ausgeht ist. Beim Chef des Reichsamtes der Reichseisenbahnen gingen nun Beschwerden darüber ein, daß es auffällig wäre, wenn eine Fabrik, deren Leitung sich darin gefalle, deutschfeindliche Gesinnungen zu bezugen, jährlich 4—5 Millionen Mark deutscher Staatsaufträge erhielte. Der Minister fand diese Beschwerden begründet, wenn tatsächlich die Leitung des Grafenstadener Werkes sich in der Bezeugung deutschfeindlicher Gesinnung gefalle, hielt es für ein Gebot der nationalen Selbstachtung, in solchem Falle die Aufträge einzubehalten, und forderte die elsass-lothringische Regierung auf, eine Untersuchung über die Beschwerden anzustellen. Der springende Punkt, daß nach deutschnationaler Auffassung der preussische Minister das einzig Richtige tat, als er die Fortdauer der Aufträge an eine Beseitigung des Urheberes etwaiger antididischen Agitation bei dem Grafenstadener Werk anknüpfte, kam in der Interpellation durchaus zu kurz. Die reichsländischen Abgeordneten wagten freilich, weder dem preussischen Minister die Freiheit zu bestreiten, die Lieferung dem zu geben, der ihm paßt, noch ihm zuzumuten, daß er damit deutschfeindlich gesinnte Werke bedenken sollte, sie schlugen in der Debatte dafür Seitenpfade ein, die darüber hinweg täuschen sollten. Sie verlangten für die Elsass-Lothringer Gesinnungsfreiheit, vergaßen aber hinzuzusetzen, daß weder die Bundesstaaten, noch das Reich die Aufgabe haben, die Träger deutschfeindlicher Gesinnungen mit Staatsaufträgen zu unterstützen. Die Abgeordneten gauten dabei immer auf ihre durch eine gewaltige nationalistische Agitation aufgeregte Wählerschaft und das hielt sie von einem kritischen Urteil ab.

Die Beschwerden über das Verhalten des preussischen Eisenbahnministers gehören freilich nicht in den elsass-lothringischen Landtag. Die elsass-lothringische Regierung lehnte es auch ab, darüber zu verhandeln. Die reichsländischen Abgeordneten hätten den Punkt aber bei ihrer Beschlußfassung nicht aus den Augen lassen dürfen. Ihrer eigenen Regierung kommt bei der ganzen Angelegenheit nur eine sekundäre Rolle zu. Diese aber ist über Gebühr aufgebaut, entstellt, und in ein schiefes Licht gerückt worden. Zunächst wurde der elsass-lothringischen Regierung vorgeworfen, daß sie überhaupt der Aufforderung der Reichsregierung entsprach und die Untersuchung über die wegen Grafenstaden ausgesprochenen Beschwerden anstellte. Die Erklärung des Unterstaatssekretärs Mandel, daß die Verhältnisse unter den Bundesstaaten die Ablehnung einer solchen Forderung gar nicht zulasse, ward überhaupt nicht entsprechend gewürdigt, sonst hätten nachher nicht noch Demarkationen der Abgeordneten über die Abhängigkeit der Regierung von Berlin erfolgen können. Dann gab es Anklagen darüber, daß die elsass-lothringische Regierung nicht den beschuldigten Direktor Seyler persönlich vernommen, nicht mit ihren Gewährsmännern gegenüber gestellt habe, und daß sie die Fabrikleitung zu spät von

der vom preussischen Minister geforderten Enquete verständigt habe. Man behauptete ferner, daß die von der Regierung veranstaltete Untersuchung einseitig und falsch wäre. Bei diesen Einwänden trat eine durchaus abstrakte Auffassung des Falls zutage, die bei einer solchen Untersuchung durchaus nicht am Platze ist. Eine Art gerichtlicher Entscheidung durch Gegenüberstellung beider Parteien im kontradiktorischen Verfahren ist schon deshalb nicht möglich, weil keine Verteidigung stattfinden kann. Die von der Regierung veranlaßte Untersuchung geht auf die Berichte des Bezirkspräsidenten und Kreisdirektors, sowie andere Gewährsmänner zurück, von Leuten, die aus mannigfachen Gründen nicht dem Beschuldigten gegenübergestellt werden können. Diese unlegitimen und auch nicht einmal gelegneten Feststellungen der Regierung werden auch nicht dadurch beseitigt, daß eine ganze Reihe Personen mit Erklärungen kommen, daß der Direktor Seyler nicht deutschfeindlich wäre und daß die von der Regierung ermittelten Tatsachen zu unbedeutend seien. Wenn festgestellt wird, daß Direktor Seyler der Leiter zweier Musikvereine seines Werks ist, die an einem Feste die Marseillaise spielen, die Tricolore entfalten, französische Uniformen tragen, daß diese Vereine die Altsachsen ausschließen, wie es auch das Werk tut, wo unter 2000 Arbeitern und 200 Beamten nur 4 altdeutsche Arbeiter und 4 altdeutsche Beamte sind, wenn der Direktor einen deutschen Beamten hinter seinem Rücken mit salem prussien tituliert usw., so sind das natürlich, Fall für Fall betrachtet, alles nur Kleinereien, aber sie bestätigen das Gesamturteil, daß sich hier eine ausgesprochene deutschfeindliche Richtung geltend macht, die nach deutschem Empfinden den preussischen Eisenbahnminister rechtfertigt, wenn er die Aufträge einstweilen bis zur Beseitigung dieser Mißstände zurückstellt.

Die Abgeordneten haben die elsass-lothringische Regierung ferner getadelt, daß sie nicht eine Verwarnung an das Werk gelangen ließ. Die Verwarnung ist jetzt geschehen. Das Werk kann die Aufträge behalten, wenn sie einen Wechsel in dessen Direktion vornimmt, wobei ihr noch bis zu einem Jahre Zeit gegeben wird, wenn sie nicht für den Direktor Seyler sofort einen Ersatz hat. Wird also die Arbeiterschaft oder die Fabrik geschädigt, so trifft die Verantwortung einzig und allein die Fabrikleitung, von der nur gefordert wird, daß sie Rücksicht nimmt auf die Empfindung des Käufers. Das ist etwas, was sich im kaufmännischen Leben von selbst versteht und nur im reichsländischen Parlament als Gewalttätigkeit bezeichnet werden konnte.

Es ist schließlich noch der reichsländischen Regierung vorgeworfen worden, sie biete die Hand dazu, daß das Werk einer kleinen niederrheinischen Konkurrenzinteressengruppe ausgeliefert werde. Auch hier hat die elsass-lothringische Regierung gar nicht zu entscheiden und dann ist nicht einmal der Schatten eines Beweises dafür überhaupt erbracht worden, als die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, hinter der diese angebliche Konkurrenz stehen soll, die Zustände in Grafenstaden in die Öffentlichkeit brachte, waren schon vorher Beschwerden beim preussischen Minister eingelaufen. Wollte der preussische Minister diese Konkurrenz aber begünstigen, so hätte er ihr die der Grafenstadener Fabrik bisher übertragenen Aufträge ohne weiteres übertragen können, brauchte also nicht weiter mit Grafenstaden verhandeln zu lassen, um ihr die Bestellungen weiter geben zu können, wenn sie für Abänderung der bisherigen Mißstände gesorgt hat. Damit entfallen auch die Vorwürfe gegen die elsass-lothringische Regierung. Wenn diese im Einverständnis mit dem preussischen Minister in der Erwägung, daß es für das Land und die beschäftigten Arbeiter höchst wünschenswert ist, wenn die Fabrik in dem bisherigen Umfang erhalten wird, was nur bei Fortdauer der Staatsaufträge möglich ist, mit der Fabrikleitung über die Beseitigung der eingetretenen Hindernisse unterhandelt, so verdient sie aber keinen Tadel, sondern die Unterstützung aller Einsichtigen. Es ist dann wieder sehr kurzfristig, wenn aus dem Umstande, falls die Fabrik doch eingehen sollte, man der elsass-lothringischen Regierung einen weiteren Vorwurf daraus macht, daß sie ebenfalls im Einverständnis mit dem preussischen Minister es für notwendig erklärt, eine neue Fabrik zur Beschäftigung der Arbeiterschaft erstellen zu lassen. Wenn die Abgeordneten daraus folgern, daß das gerade beweise, daß man aus Konkurrenzgründen die Grafenstadener Fabrik vernichten wolle, so stehen dem die entscheidenden Erklärungen der Regierung gegenüber, die mehr Vertrauen verdienen, als die aus fadenheimgen Vermutungen gezogenen Schlussfolgerungen der Abgeordneten, die zudem völlig unlogisch sind, da sie dem bisherigen Vertreter des preussischen Ministers widersprechen.

Für jemand, der es für selbstverständlich hält, daß deutsche Staatsaufträge nicht an Werke gelangen können, die geflüstert in Deutschenheide machen, bleibt die Resolution, die von der Zweiten Kammer des elsass-lothringischen Landtages gefaßt ist, unverständlich und für ihn ist der sozialdemokratische Zusatz von dem Unterlassen einer Gesinnungsschnüffelei unangebracht, da solche nicht betätigt wurde.

### \* Vom nationalliberalen Vertretertag.

Unserm gestrigen Bericht sei eine abgekürzte Wieder- gabe der Diskussionsrede des Abg. Geheimen Regierungsrat **Friedberg** nachgetragen, die besonderes Interesse beanspruchen darf, da Friedberg neben **Wassermann** die ein-

stärkste Persönlichkeit der ganzen Partei ist. Friedberg führte laut „Bad. N. N.“ aus:

„Die Gegensätze in der Partei drehen sich nicht um unsere Haltung zur Sozialpolitik, sondern es trennt uns namentlich im Norden und im Süden unsere Stellung zur Sozialdemokratie. Ich kann die Anwesenheit von 110 Sozialdemokraten im Reichstage nicht als quantitativ vernachlässigbar ansehen. Das ist eine Erscheinung, die uns ernste Befürchtungen nahe legt. Man wünscht es, daß die Scheidelinie nach der Sozialdemokratie mit voller Schärfe gezogen wird. (Stürmischer Beifall.) Ich sehe die Gefährlichkeit der Sozialdemokratie nicht in ihren utopischen Zielen. Das Gefährliche an der Sozialdemokratie ist die Methode ihres Kampfes, ihre Verheerung. Dadurch wird eine revolutionäre Strömung in einem Teil unserer Bevölkerung erzeugt, die schließlich nur der Reaktion zugute kommt. (Beifall.) Deshalb müssen wir den Kampf gegen die Sozialdemokratie mit aller Schärfe führen. Mit dieser Partei ist nicht zu paktieren. (Stürmischer Beifall und Unruhe.) Jeder derartige Versuch muß scheitern. (Beifall und Widerspruch.) Es klingt ja sehr schön, wenn man sagt, daß man die Sozialdemokratie für positive Mitarbeit erziehen wolle. Dieser Versuch wird niemals gelingen. (Lebhafter Beifall, Widerspruch und vielstimmige Zurufe: Baden!) Es ist ja möglich, daß man in anderen Bundesstaaten andere Erfahrungen gemacht hat (sehr richtig). Ich will das nicht bestreiten, dazu kenne ich die dortigen Verhältnisse nicht genug (Ausrufe). Wenn ich aber sehen muß, wie sich im preussischen Abgeordnetenhaus 6 Leute dazu hergeben, ein ganzes Parlament zu terrorisieren, in das sie hineingeschickt worden sind, um es zu diskreditieren, wenn man sich als anständiger Mensch täglich von den Herren sagen lassen muß: Sie sind die Schmach und Schande Europas, Sie stellen einen moralischen Sumpf dar, so weiß ich nicht, was ich mit einer solchen Partei anfangen will. (Stürmischer Beifall.) Ich sehe weder rechts noch links, sondern in der Mitte (Heiterkeit). Aber wir haben alle unterschiedslos den Wunsch, die Sozialdemokratie mit voller Schärfe zu bekämpfen. (Beifall.) Aus der Rede Bafersmanns habe ich das selbe entnommen. Wir stehen alle auf dem Boden des gemäßigten Liberalismus, denn sonst würde uns ja gar nichts trennen von der fortschrittlichen Volkspartei. Wir wollen nicht, daß die Demokratie in unserem Vaterland noch weiter ausgebaut wird (Beifall und Widerspruch). Wir haben für den Reichstag das radikalste Wahlrecht der Welt, und niemand will daran rütteln. Aber bei solchen demokratischen Einrichtungen müssen gewisse Gegengewichte vorhanden sein und diese Gegengewichte sehen wir in einem beschränkten Wahlrecht für den großen Bundesstaat, der fast zwei Drittel von ganz Deutschland einnimmt und auf dessen Einheit, Stärke und Kraft die Zukunft des Deutschen Reiches auch heute noch beruht (stürmischer Beifall). Daß für uns ein Stichwahlabkommen mit der Sozialdemokratie, wie es die fortschrittliche Volkspartei abgeschlossen hat, nie in Frage kommen kann, darüber besteht kein Zweifel (Demonstrativer Beifall). Unsere süddeutschen Freunde müssen ihr Urteil über Preußen ändern. Wir Preußen werden nicht selten verächtlich durch das Urteil von süddeutscher Seite (sehr richtig). Wo uns der Schuh drückt, das wissen wir selbst am besten. Aber auch in manchen anderen Staaten gibt es Schuhe, die Hühneraugen hervorbringen. (Heiterkeit u. Beifall.) Widen Sie nur nach Bayern, da gibt es noch viel aufzuräumen (sehr richtig). Wir sollen alle anerkennen, daß Preußen der Staat ist, der das größte Verdienst an Deutschlands Einheit hat (Beifall). Und Preußen hat eine ausgezeichnete Verwaltung, allerdings mit einem konservativen Einschlag. Wir müssen ausgleichend wirken. Von einem Gegensatz zwischen der Reichstagsfraktion und der Abgeordnetenhausfraktion ist uns absolut nichts bekannt. Daß unter uns der eine oder andere etwas auszusprechen hat an der Politik der anderen Fraktion, das ist selbstverständlich. Den freundlichen Worten Bafersmanns über unsere persönlichen Beziehungen (Wassermann hatte gesagt, daß seine Beziehungen zu Friedberg stets die besten gewesen seien und noch seien) habe ich nichts hinzuzufügen. (Mit erhobener Stimme:) Ich hoffe, daß damit allen Verleumdungen, mit denen wir in letzter Zeit überhäuft worden sind, der Boden entzogen worden ist. (Stürmischer Beifall.) Ich schließe mit der Mahnung der Einigkeit. Wir wollen uns gegenseitig vertrauen und immer die richtige Diagonale zu finden suchen, mit der wir dann dem Gegner auf den Leib rücken. (Stürmischer Beifall.)“

### \* Übersicht.

Der Kaiser hat den Unterstaatssekretär Mandel durch Verleihung des Titels Erzellenz ausgezeichnet.

Auf die von der ersten Hauptversammlung des Deutschen Wehrvereins an den Kaiser und den Kronprinzen gerichteten Huldigungstelegramme sind Generalmajor Reim folgende Antworten zugegangen: „Majestät lassen der ersten Hauptversammlung des deutschen Wehrvereins für das Gelübde der Treue danken. Valentini.“ „Kaiserliche Hoheit lassen Euer Hochwohlgeboren und den Verehrten des deutschen Wehrvereins für die freundlichen Grüße herzlich danken. Der Kronprinz, der den Bestrebungen des deutschen Wehrvereins ganz besondere Sympathie entgegenbringt, hat sich über die Grüße außerordentlich gefreut und wünscht den Beratungen reichsten Erfolg. v. d. Planitz, Hauptmann und persönlicher Adjutant.“

Am Montag mittag fand in Gegenwart zahlreicher Behörden, Veteranen, Korporationen und Mitgliedern des deutschen Patriotenbundes unter Führung des Vorsitzenden dieses Bundes, Kammerats Thieme, die feierliche Schlüsselübergabe des nach den Plänen des Professors Schmitz-Berlin erbauten Völkerschlachtdenkmal statt. Die Feier wurde durch eine längere Rede des Schriftführers des deutschen Patriotenbundes, Dr. Spizner, eingeleitet. Hierauf begaben sich die Teilnehmer nach der Krypta und darauf die Wendeltreppe hinauf zur Plattform. Ein Posaunenquartett blies hier von lustiger Höhe den Choral „Lobet den Herrn“. Nachdem Dr. Spizner die Urkunde der Schlüsselübergabe verlesen hatte, tat Kammerat Thieme die Hammerschläge. Der Choral „Nun danket alle Gott“ beendete die erhebende Feier. Die Einweihung des Denkmals soll am 18. Oktober 1913 erfolgen.

### Ausland.

Paris, 14. Mai. In den 359 Arrondissementshauptstädten haben bei den Kommunalratswahlen die gemäßigten Sozialisten in einem, die Progressiven in 11, die Reaktionsäre in 2 Orten die Majorität bekommen, die sozialistischen Republikaner in einem, die Radikalen und sozialistisch Radikalen in 3 und die Republikaner der Linken in 8 Orten die Majorität gewonnen.

London, 14. Mai. Auf eine Anfrage im Unterhaus erklärte der Premierminister Asquith, die englische Regierung habe von der deutschen Regierung eine Mitteilung erhalten, in der internationale Verhandlungen angeregt werden zur Herbeiführung eines Abkommens bezüglich der Frage der Sicherheit der Passagiere zur See. Eine freundliche Antwort sei an die deutsche Regierung abgegeben.

Christiania, 14. Mai. Der Minister des Außern teilte mit, daß die drei Regierungen, die an der Spitzbergkonferenz teilgenommen haben, die norwegische, schwedische und russische Regierung, sich über den Entwurf einer Konvention zur Regelung der Spitzbergfrage geeinigt haben. Nach dem Entwurf bleibt Spitzbergen neutrales Territorium, das den wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Bestrebungen aller Nationen offen steht. Die Konvention soll stets eine Geltungsdauer von 18 Jahren haben, aber innerhalb einer gewissen Frist vor Ablauf dieser Periode gekündigt werden können.

St. Petersburg, 14. Mai. Am Geburtstag des Kaisers Nikolaus wird der russische Botschafter in Rom, Fürst Dolgorudi, in den Reichsrat berufen und der russische Gesandte Krupenski in Christiania zu seinem Nachfolger ernannt werden. Aus Anlaß des heutigen 1. Mai fanden zahlreiche Hausfuchungen und Verhaftungen von Arbeitern statt.

Konstantinopel, 14. Mai. Aus Sinaje sind bei der Post Nachrichten eingetroffen, daß ein russisches Geschwader des Nachts mit abgeblendetem Lichtern an den Küsten des Schwarzen Meeres kreuzte. Wie es heißt, hat der Minister des Außern den russischen Botschafter um Aufklärung darüber gebeten. Dieser erklärte, daß es sich lediglich um einige Torpedoboote handle, die Übungen veranstaltet hätten.

### Neueste Nachrichten und Telegramme.

Der Krieg zwischen Italien und der Türkei.

Konstantinopel, 14. Mai. Der Minister des Außern erklärte, daß die Entfernung der Minen gestern beendet worden sei. Die amtliche Bekanntmachung der Öffnung der Dardanellen werde wahrscheinlich morgen erfolgen.

Konstantinopel, 14. Mai. Der „Tanin“ bestätigt, daß alle Minen aus den Dardanellen entfernt sind. Die Behörden werden vorsichtshalber ein altes Fahrzeug durch die enge Fahrstraße fahren lassen und die Dardanellen morgen früh eröffnen erklären.

Konstantinopel, 14. Mai. Türkische und arabische Truppen griffen am 8. ds. Mts. zwei italienische Kompagnien bei Derna an, die 16 Tote und Verwundete verloren.

Die Ereignisse in Marokko.

Casablanca, 14. Mai. Der Generalresident Liauty ist gestern hier eingetroffen. Die Stadt ist prächtig geschmückt. Die Geschäftshäuser aller Nationalitäten waren geschlossen.

Paris, 13. Mai. Nach einer Meldung des „Temps“ wurde der Stadt Fez eine Kriegsbusse von 200 000 Duros auferlegt zur Strafe dafür, daß ein Teil der Bevölkerung an dem Aufbruch vom 17. April teilgenommen hat.

Paris, 13. Mai. Nach Blättermeldungen werden die seit einigen Jahren in Paris und im Lager von Cathonay bei Lyon liegenden Zuavenbataillone nach Algier und Tunis zurückkehren, um die als Verstärkungen nach Marokko entsandten afrikanischen Bataillone zu ersetzen.

Berlin, 14. Mai. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung meldet: Freiherr Marschall von Bieberstein ist zum deutschen Botschafter in London ernannt worden.

Berlin, 14. Mai. Die Wahlprüfungskommission des Reichstages kam heute nach weiteren eingehenden Detailfeststellungen zu dem Beschluß, beim Nennum den Antrag zu stellen, die Wahl des Abg. Pauli-Sagenow im 1. Mecklenburgischen-Schwerinschen Wahlkreis für ungültig zu erklären.

Berlin, 14. Mai. Ein Schreiben des preussischen Justizministers an das Abgeordnetenhaus erucht um Genehmigung zur Einleitung eines Strafverfahrens gegen die sozialdemokratischen Abgeordneten Vordhardt und Leinert wegen Hausfriedensbruchs und Widerstandes gegen die Staatsgewalt. Das Schreiben wurde an die Geschäftsordnungscommission verwiesen.

München, 14. Mai. In der heutigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten wurde der Entwurf des preussisch-süddeutschen Lotterievertrages beraten. Nach diesem Vertrag würde Bayern für das laufende Budgetjahr ein Erträgnis von 661 250 M. aus der Lotterie erzielen. Der Finanzausschuß hatte mit allen gegen drei Stimmen den Vertrag abgelehnt. Zu den heutigen Beratungen waren zwei Anträge gestellt, nämlich ein Liberaler, dahingehend, für den Fall der Ablehnung des Entwurfs und zur Klarstellung der Frage, in welcher Weise die Regelung des Lotterievertrages in Bayern am besten erfolgt, einen besonderen Ausschuß zu bilden, ferner ein Antrag des Zentrums, den Gesetzentwurf zur erneuten Behandlung an den Budgetausschuß zurückzuverweisen.

London, 14. Mai. Die hiesige deutsche Kolonie wird zu Ehren des scheidenden Botschafters Wolf-Meternich ein Bankett veranstalten, das Ende Mai stattfinden soll.

Melilla, 14. Mai. Gestern wurde eine spanische Truppenabteilung des Generals Ravarro auf einer Höhe von Cadage in einen Kampf mit den Eingeborenen verwickelt. Letztere haben schwere Verluste erlitten.

### Verschiedenes.

Der Inverläßigkeitsflug am Oberrhein.

Saarbrücken, 13. Mai. Nachdem der Kunstflug sich um 24 Stunden verzögert hat, sind nunmehr folgende Anordnungen getroffen: Am Dienstag den 14. Mai finden zwei militärische Übungen statt. Die eine Übung beginnt in den frühesten Morgenstunden und geht von Metz aus in der Richtung nach Diedenhofen. Die Flieger fliegen nach der Aufklärung auf den Flug-

platz in Metz zurück und landen dort oder werfen die Meldung dort aus. Die zweite Übung beginnt um 6 Uhr früh von Metz aus und geht in der Richtung auf Saargemünd. An dieser Übung beteiligt sich auch die Garnison Saarbrücken. Das Luftschiff „Victoria Luise“ nimmt gleichfalls teil. Es sind bis heute in Metz fünf Flieger gelandet. Heute abend werden zwei weitere erwartet, während zwei andere ihre Apparate mit der Bahn nach Metz bringen lassen, um von dort aus an dem Inverläßigkeitsflug teilzunehmen. An der morgigen Übung werden sich also neun Flieger beteiligen. Es ist damit zu rechnen, daß die ersten Flieger bereits gegen 7 Uhr in Saarbrücken ein treffen. Prinz Heinrich begleitet die Flieger und begibt sich in Saarbrücken unmittelbar auf den Flugplatz. Der Ruhetag in Saarbrücken fällt fort. Es wird jedoch von der Wetterlage und dem Zustand der Flieger abhängen, ob für Saarbrücken nicht nachträglich doch noch ein Ruhetag beschlossen wird. Die Schaulöcher und die übrigen Veranstaltungen bleiben, wie bisher bekannt gegeben, bestehen.

Berlin, 14. Mai. Über den durch den Sturm am Sonntag angerichteten Schaden treffen fortgesetzt neue Nachrichten ein. In Schlesien wurden zwischen Zawodzie und Roschin Telegraphenleitungen auf eine Entfernung von 400 Metern umgeworfen. In Sachsen sind unzählige Obstbäume, darunter Stämme bis zu einem halben Meter Dicke, wie Strohhalm umgeknickt worden. Nach Schlis, das durch eine Windstöße zerstört wurde, sind zwei Kompagnien Pioniere aus Meisa zur Hilfeleistung abgegangen. Aus Herreid wird berichtet, daß am schwersten Norddrittel heimgeführt und alles verfügbare Militär an die bedrohten Orte entsandt wurde. Dem Sturm und Regen folgte eine abnorme Wärme. Der Schnee in den Bergen schmilzt rapid.

Essen, 13. Mai. Ein Gewittersturm, der gestern im ganzen Industriegebiet wütete, richtete an Häusern, Bäumen und Gärten großen Schaden an. In Bochum zerstörte Hagelschlag viele Fenster Scheiben. Der in der Hochkunstausstellung in Bochum angerichtete Schaden ist so bedeutend, daß teilweise Schließungen erfolgen mußten. In Witten entfiel eine Panik, als ein von 2000 Personen besuchter Zeltzirkus vom Sturm getroffen wurde. Feuerwehr und Sanitätskolonnen wurden alarmiert. Ein größeres Unglück wurde jedoch verhütet. Die Besucher des Zirkus konnten sich zum größten Teil noch rechtzeitig in Sicherheit bringen, einige jedoch erlitten Arms- und Beinbrüche, andere leichtere Verletzungen. In Duisburg wurde das Dach der Bahnhofshalle abgerissen und auf die Gleise geworfen, wodurch Verkehrsstörungen bis zu vier Stunden eintraten. Bei mehreren Straßenbahnüberleitungen traten für kürzere Zeit Störungen ein.

Düsseldorf, 14. Mai. Nach einer Versammlung der Arbeiterinnen im sozialdemokratischen Volkshaus zogen Montag abend große Menschenmassen durch die Stadt zum Gefängnis, wo eben der sozialdemokratische Redakteur Berken, der dort wegen Verleumdung eine dreimonatliche Gefängnisstrafe verbüßt hatte, entlassen werden sollte. Als die Polizei die Demonstranten zu zerstreuen suchte, leistete diese den Anordnungen der Beamten keine Folge. Die Polizei wurde beschimpft. Es ertönten Rufe wie „Bluthund!“, „Schlagt die Blutunde tot!“. Wiederholt wurde im Gedränge versucht, Kinder vor die Pferde der berittenen Schutzleute zu bringen. Nur einem großen Polizeiaufgebot gelang es schließlich, die Menge zu zerstreuen, ohne von der Waffe Gebrauch zu machen. Mehrere Personen wurden verhaftet.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydr. vom 14. Mai 1912.

Die tiefe Depression, die gestern über dem baltischen Meer. busen gelegen war, ist bis zum nordwestlichen Rusland weitergezogen, doch macht sie sich durch unbeständiges, kühles und regnerisches Wetter noch in ganz Norddeutschland geltend. Aber der westlichen Hälfte des Reiches ist es deshalb meist heiter. Die Temperaturen sind auch hier erheblich zurückgegangen. Im hohen Nordwesten ist eine neue Depression erschienen, die sich aber bei uns nicht geltend machen wird; es ist deshalb heiteres, trockenes und warmes Wetter zu erwarten.

Wetternachrichten aus dem Süden vom 14. Mai, früh.

Biarritz wolfig 19 Grad, Perpignan bedeckt 15 Grad, Triest bedeckt 20 Grad, Florenz bedeckt 15 Grad, Rom wolkenlos 14 Grad, Capri wolkenlos 17 Grad, Brindisi wolkenlos 21 Grad.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

Zeit	Barom.	Therm.	Wind.	Wolken.	Wind.	Wolken.
13. Nachts 9 <sup>h</sup> U.	753.8	14.8	9.4	75	NO	wolkenlos
14. Morgs. 7 <sup>h</sup> U.	753.7	11.4	7.1	71		
14. Mittags 2 <sup>h</sup> U.	750.4	21.4	9.1	48	WSW	bedeckt

Höchste Temperatur am 13. Mai: 26.2; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 8.6.

Niederschlagsmenge, gemessen am 14. Mai, 7<sup>h</sup> früh: 0.0 mm.

Wasserstand des Rheins am 14. Mai, früh: Schuster in 1.25 m, gestiegen 9 cm; Stuhl 3.20 m, gestiegen 3 cm; Marau 4.64 m, gestiegen 4 cm; Mannheim 3.83 m, gestiegen 10 cm.

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur C. A. Mend in Karlsruhe.

Druck und Verlag: G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Die Sonderstellung des Bioson als blutbildendes Nähr- und Kräftigungsmittel wird von zahlreichen Kliniken, Krankenhäusern, Heilanstalten, Professoren, Aerzten usw. anerkannt und ferner dadurch bewiesen, dass in der letzten Zeit immer mehr Krankenkassen die Verordnung von Bioson zulassen. Hierdurch dürfte der Wert dieses einzigartigen Präparates u. sein billiger Preis am besten gekennzeichnet sein.

Bioson erhältlich in Apotheken und Drogerien, die Dose (circa 1/2 Kilo) Mk. 3.—. Verlangen Sie gratis u. franko eine Geschmacksprobe und die interessante Broschüre: „Die Lebenskraft und ihre Erhaltung“ direkt vom Biosonwerk Bensheim G. m. B. H. in Frankfurt a. M. 37.

Nur in natürlichem Zustande, so wie das Wasser der Quelle entfließt, gefüllt und versandt.

# KÖNIGL. SELTERS

Aus dem Königlichen Mineralbrunnen zu Niederselters (Reg.-Bez. Wiesbaden)

**Eingerahmte Bilder**

als **willkommene Verlobungs- und Hochzeitsgeschenke**

empfiehlt in grosser Auswahl und allen Preislagen

**E. Büchle**

Inh.: W. Bertsch  
Kunsthandl. u. Rahmen-Fabr.  
C.808 Kaiserstr. 149.

**Möbelmagazin vereinigter Schreinermeister**  
Telephon 114 eingetr. Genossenschaft m. unbeschr. Haftpflicht Gegr. 1883  
**Karlsruhe i. B. Amalienstraße 31.**  
Komplette Wohnungseinrichtungen und Einzeilmöbel in allen Preislagen.  
Gediegenste Ausführung mit langjähriger Garantie.  
Eigene Polster- u. Dekorationswerkstätte. — Besichtigung ohne Kaufzwang. C.876

Das **Shakespeare-Problem**

kritisch erläutert von Professor G. Holzer, bildet den Abschluß der früheren Arbeiten des bekannten Verfassers. Die Lösung der Frage scheint damit in unmittelbarer Nähe gerückt. C.570

**Soeben erschienen!**  
Preis 1.— Mark  
**Sensationell!**

WeiB'sche Univ.-Buchhandlung, Heidelberg. C.570

**Langenargen am Bodensee. Strandhotel Schiff.**  
Neuerbautes, komfortabel eingerichtetes Haus, direkt am Hafen. Große Terrassen mit wunderbarem Blick auf See und Alpen. Schöne Zimmer mit Balkons, Bäder im Hause, Seebade-Anstalt, Garage, Stallungen. Elektr. Licht. Das ganze Jahr geöffnet. Pension von 5 /- an. Früh- und Spätjahr ermäßigte Preise. C.722  
**Otto Rossknecht, Besitzer.**

**Die Eröffnung des Kurhaus Wiedenfels**

Volle Pension samt Zimmer /- 5.50, 6.50  
Diners à part auf der Terrasse /- 2—3  
:-: zeigt ergebenst an :-:  
**Adolf Nassoy**  
Telephon Bühl 10 C.523  
früh. Bes. des „Hotel Grosse“, Karlsruhe

**Baden-Baden „Haus Volz“**, Inh. A. Angerstein, Schloßstr. 11.  
In der Nähe der Bäder u. des Kurhauses sowie des Schloßgart. Ruh. Haus, herrl. Fernsicht. Schöne Zimm. v. M. 1.50 an, prachtv. Speisesaal, Gart., elektr. Licht, ff. Pens. inkl. Zimm. v. M. 5.50—8.—. Vollkommen renov. Prima Referenzen.

**Forbach** im wildromantischen Murgtal  
**Hotel u. Pension Friedrichshof**  
(Endstation der bestens empfohlen. Prospekte. Zentralheilmurgtalbahn) zung. Elektrisch Licht. Forellenfischerei. Jagdgelegenheit. Bes. W. Wunsch. C.512

**Interlaken Savoy-Hotel.** Neuerbautes modernes Haus ersten Ranges, vollständig feuersicher. Privat-Appartement mit Badezimmer.  
**Hotel National.** 250 Betten. Im Zentr. der Promenaden.  
Mässige Preise. Im Winter: Wyder's Grand Hotel, Menton.

**Seebad Middelkerke** bei Ostende. Villa des Roseraies, empf. Familienpens. m. Aussicht a. Meer. Vorz. Küche. El. Licht. Manspr. deutsch.

**Niederrickenbach Hotel Kurhaus Engel.** 1167 m ü. M. Klimat. Luftkurort I. R. Altren. komf. Haus, idyll. Lage, große Wälder, Gebirgstouren. Vorz. Küche u. Keller. Pens. m. Z. v. 5 /-, Fr. an. Prosp. J. v. Jenner.

**Touristen- und Sport - Kleidung**

Wir unterhalten hierin eine große, mit aller Sorgfalt zusammengestellte Auswahl fertiger Sport-Kleidungsstücke wie

**Joppen, kompl. Anzüge Wetter-Mäntel, Pelerinen etc.** C.730

die sämtlich aus nur wirklich erprobten, imprägniert. Loden- u. Homespunstoffen in bester Ausarbeitung hergestellt sind.

**Sport-Anzüge** von 19.75 bis 58.—  
**Pelerinen** von 12.— bis 36.—  
**Wettermäntel** von 22.— bis 36.—

**Spiegel & Wels**

**Otto E. Weber**  
Badebeul - Dresden.  
**Weber's Carlsbader Kaffeegewürz**  
Seit Großmutter's Jugendzeiten bewährtes u. beliebtes Kaffee-Verbesserungsmittel.  
Einzig echtes Originalprodukt, jedes andere, ohne Schutzmarke, ist nur Nachahmung.  
A.74

**Junger Mann** sucht zur Erholung Aufenthalt für den Sommer in einem Forsthaus im Gebirge (Schwarzwald bevorzugt) Pension monatlich 100—110 Mk. Angebote unter C.728 an die Exped. dieser Zeitung.

**ST. ESMANN KARLSRUHE I. B.**  
**SE**  
Kaiserstr. 229  
Tel. 869.

**St. Esmann**  
**Schweß. Spargel** täglich frisch. C.496  
**Ananas - Erdbeeren.**  
**Engl. Gellert.**  
**Artifichoden.**

Die elegante Saison-Mode  
**Der Matelot Herren-Strohhut**  
Wir bringen diesen in unserer gewohnt riesigen Auswahl in den verschiedensten Randbreiten (von 6 bis 13 cm) und Kopfhöhen, sowie in allen Geflechtarten, wir legen Wert auf schöne vornehme Ausstattungen in jeder Preislage  
**Haupt-Mode: Rustic und Pedalgeflechte**  
Preislagen:  
Rustic Mk. 1.50 2.25 2.75 3.25  
3.80 4.— 4.50 5.—  
5.50 bis 13.—  
Pedal Mk. 1.25 1.80 2.25 2.80  
3.50 4.50 bis 23.—  
**Bangkok-Panama-Palm** und sonstige exotische Geflechte  
Mk. 3.— 4.50 6.50 bis 18.—  
Andere Geflechtarten von 80 Pfennig an C.739  
**Rabattmarken**  
**Hut-Mode-Haus Zeumer**  
Kaiserstrasse 125/127.

in schönster Ausführung fertigt schnell und billig  
**Lichtpausen S. Thoma Nachf.,**  
Elektr. Lichtpausanstalt, Karlsruhe, Kaiserallee 29

**Mahagoni -Schlafzimmer**  
schöne Architektur, solide Arbeit bestehend aus:  
1 Schrank, 3 tür., mit 2 Abteilen für Wäsche; 1 Abt. für Kleider mit 1a Facettenspiegel,  
1 Waschtisch mit 1a blauer Marmorplatte und Facettenspiegel, C.600  
2 Nachttischen mit Marmorplatte,  
2 Stühlen,  
1 Handtuchständer, **Mk. 525.—**  
— Enorm billig! —  
Bettstellen in Holz oder Metall billigt!  
**Günstige Gelegenheit für Brautleute!**  
**Paradiesbetten - Haus**  
Karlsruhe Kaiserstraße 122.

**Frau Heck,** Friseurin :: Hirschstr. 12  
**Damensalon f. Frisieren und Kopfwaschen.**  
Anfertigung moderner Haararbeiten, Zöpfe, Unterlagen, Locken stets vorrätig.  
**Solide Preise.**

**BADEN-BADEN**  
**Wohnungs-Nachweis**  
für **Kurgäste u. Jahresmieter**  
W. Wolf, nächst dem Bahnhof.

**Bürgerliche Rechtspflege.**  
a. Streitige Gerichtsbarkeit.  
Öffentliche Zustellung einer Klage.  
B.421.2.1. Nr. 1 Z. S. 323/12. Konstanz. Die Gr. Staatskasse, vertreten durch Großh. Verwaltungsbehörden in Karlsruhe, dieser vertreten durch Großh. Hauptverwalter in Konstanz, klagt gegen den entlassenen Schutzmann Paul Friedrich, früher in Konstanz, zurzeit an unbekanntem Orten, unter der Behauptung, daß der Beklagte aus Gehalt und Gehalt für Dienstleistung 116,07 Mk. an die Staatskasse rückzuerstatten habe, mit dem Antrage auf Verurteilung des Beklagten zur Zahlung des genannten Betrages und vorläufige Vollstreckbarerklärung des Urteils.  
Zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits wird der Beklagte vor das Großh. Amtsgericht in Konstanz, Zimmer Nr. 11, auf Dienstag den 16. Juli 1912, vormittags 9 Uhr, geladen.  
Konstanz, 11. Mai 1912.  
Der Gerichtsschreiber des Großh. Amtsgerichts.

B.418. Bilingen. In dem Konkurs über das Vermögen des Philipp Weiber in St. Georgen soll die Schlussverteilung erfolgen.  
Dazu sind 4132.51 Mark verfügbar. Zu berücksichtigen sind Forderungen im Betrage von 9264.75 Mark, darunter 223.50 Mark bevorrechtigte.  
Das Schlussverzeichnis liegt auf der Gerichtsschreiberei des Großh. Amtsgerichts Bilingen zur Einsicht auf.  
Bilingen, 11. Mai 1912.  
Der Konkursverwalter: Gruber.

**Verchiedene Bekanntmachungen.**  
Beim Landesgefängnis Mannheim ist die Stelle eines **Anfallsarztes** mit Anspruch auf Dienstwohnung zu besetzen.  
Bewerber, welche die vorgeschriebene staatsärztliche Prüfung abgelegt haben, wollen ihre Gesuche unter Beifügung von Zeugnissen und einer Lebensbeschreibung bis 15. Juni 1912 beim Justizministerium einreichen. B.424.2.  
Karlsruhe, 10. Mai 1912.  
Ministerium des Großh. Hauses, der Justiz des Auswärtigen.